



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

Postscheckkonto DM-Ost: Berlin Nr. 329 01
Postscheckkonto DM-West: Berlin-West Nr. 306 00
Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin

SPRECHSTUNDEN 9.30-13 Uhr
SONNABENDS 9.30-12 Uhr
MITTWOCHS KEINE SPRECHSTUNDEN

I / N

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

*Retour
1. 10. 49. / [Signature]*

Herr Minister,

Nachdem sich während der Wahlen in Westdeutschland und unter dem Eindruck der etwa zur gleichen Zeit erfolgenden Konstituierung der Hohen Kommission alle Blicke nach Frankfurt und Bonn gewandt hatten, ist in den Kreisen, welche sich traditionell mit Politik beschäftigen, wieder allgemeiner die Auffassung vorherrschend, dass sich für Berlin, allerdings auf längere Zeit gesehen, die Verhältnisse noch nicht endgültig geändert hätten. Vielmehr, so hört man hin und wieder, bestehe nun die Möglichkeit, weniger beeinflusst von den bis zu einem gewissen Grade technischen und wirtschaftlichen Tagesfragen der Politik, die in den beiden westdeutschen Schwerpunkten der Regierungs- und Kontrolltätigkeit einen grossen Teil der Kräfte absorbieren würden, sich in der früheren Reichshauptstadt auf das Grundsätzliche, auf die grosse Linie zu konzentrieren, selbst wenn im einen oder anderen Falle in räumlicher Beziehung der Anwendungsbereich nur das Stadtgebiet betreffen sollte. Die Ereignisse, welche zu diesem so etwas wie auf ein Sich-Selbst-Besinnen geführt haben, sind sowohl auf Besatzungs- wie auf deutscher Seite und, wenn man Kundgebungen der Hohen Kommissare, politische Aeusserungen auf Zonenebene und solche mit Gültigkeit nur für Berlin als hierarchische Gliederung auffasst, auf allen drei Stufen zu finden.

Mit am stärksten hat, allerdings nur in politisch interessierten Kreisen, die Erklärung des Präsidiums des Deutschen Volksrates über die Oder-Neisse-Grenzé Beachtung gefunden. Man hörte seit längerer Zeit, dass etwas derartiges im Gange sei, jedoch suchten sich die Ost-CDU und -LDP einer wenn auch nur verklausulierten Festlegung beharrlich zu entziehen. Die Tatsache, dass das Schreiben bloss von den Vorsitzenden des Volksrates, die nach herkömmlicher Auffassung zu einem derartigen Akt gar nicht befugt sind, ausging, und dass anstelle von Prof. Dr. Kastner, der als LDP-Vertreter dem Präsidium des Volksrates angehört und gleichzeitig stellvertretender Vor-

An das
Eidgenössische Politische Departement
Politische Angelegenheiten

B e r n

*M. h. Chef des Departement
p. 6 Interessante Hypothese.
20.9
21.*

dodis.ch/8004

BERLIN NW 40, den 14. September 1949
FURST-BISMARCK-STRASSE 4
TELEFON: 39 53 21

BERLIN W 8, den
FRIEDRICHSTRASSE 194/199 I
„HAUS FRIEDRICHSTADT“
TELEFON: 56 39 41/56 36 43

M. [Signature]

*En [Signature]
21.9.*

*A. R. H. [Signature]
Not*



sitzender der Deutschen Wirtschaftskommission ist, Dr. Hamann unterzeichnete, ist stark aufgefallen. Prof. Kastner soll sich durch eine plötzliche Abreise in die Ferien ohne Hinterlassung einer Adresse der Unterschrift entzogen haben. Diese besonderen Umstände werden dahin ausgelegt, dass der Schritt nur unter starkem russischen Druck und auf Grund von Versprechen über Vorteile hinsichtlich der innerdeutschen politischen Entwicklung zustande gekommen sei. Für die Resonanz in der Bevölkerung, die von der Erklärung nicht stark Notiz zu nehmen schien, sollten die Kundgebungen zu dem sogenannten Friedenstag am 1. September, an dem sich der Ausbruch des zweiten Weltkrieges zum 10. Male jährte, sorgen. Sie hielten sich in der Art der Aufmachung weitgehend an Beispiele des vor vier Jahren zu Ende gegangenen deutschen Zeitabschnittes und wurden daher von vielen Teilnehmern rein mechanisch mitgemacht.

Die innerdeutsche Komponente der erwähnten Erklärung wird in Zusagen betreffend die in diesem Jahr fällig werdenden Kreis- und Landtagswahlen oder sogar einem Versprechen für die Durchführung von Wahlen für ein Zonenparlament sowie der Schaffung eines staatsrechtlichen Organismus mit Regierungsfunktionen im ostdeutschen Raum vermutet. Bei in westlichem Sinne freien Wahlen wäre damit zu rechnen, dass einige wenn nicht gar alle fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone und auch ein allfälliges Zonenparlament bürgerliche Mehrheiten erhielten, wobei die CDU hofft, die stärkste Partei zu werden und vielleicht sogar die absolute Mehrheit zu erhalten. Die SED, welche sich der ihr drohenden Gefahr bewusst ist, soll versuchen, durch ein Abkommen über Einheitslisten nach ostdemokratischem Vorbild einen Ausweg zu finden und für den Fall, dass die Zustimmung von den anderen Blockparteien nicht erhältlich sei, einen starken Druck auf Verschiebung der Wahlen ausüben. Nach den Länderverfassungen, in denen der Wahltermin verankert ist, bedarf es dazu einer verfassungsändernden Mehrheit von 75 %. Da die CDU und LDP energisch auf Neuwahlen beharren sollen und die SED in keinem Land über verfassungsändernde Mehrheiten verfügt, bemühe sie sich durch Einwirken auf die einzelnen bürgerlichen Landtagsabgeordneten das Quorum zu erreichen. Es bliebe noch die Möglichkeit, durch die Sowjetische Militäradministration eine Verschiebung zu erwirken. Kürzlich verlautete in normalerweise gut unterrichteten Kreisen, dass eine solche Massnahme unter gleichzeitiger Ankündigung von Wahlen für ein Zonenparlament im Laufe des kommenden Jahres nicht ganz unwahrscheinlich sei. Bei den bürgerlichen Parteien wird damit gerechnet, dass in jedem Falle besondere Massnahmen wie Einschränkung in der Propaganda, Ablehnung einer grossen Zahl bürgerlicher Kandidaten ohne die Möglichkeit der rechtzeitigen Bezeichnung von Ersatzleuten, Zulassung von Wahlversammlungen nur im Rahmen der sogenannten Nationalen Front, wobei die Unterschiede zwischen den Parteien nicht herausgearbeitet und insbesondere die SED nicht angegriffen werden darf und endlich durch eine kurzfristige Ansetzung die Wahlen in einem der SED nicht so stark ab-

träglichem Masse gesteuert werden.

Mit Bezug auf die Bildung einer Regierung im ostdeutschen Raum wurde der Eindruck verstärkt, dass für die nächste Zeit keine entscheidenden Änderungen in Aussicht stehen. Die allgemeine Auffassung geht dahin, dass vorerst die Wahlen abgewartet werden und die UdSSR nochmals auf Aussenministerebene das Deutschlandproblem besprechen wolle. Komme dabei keine ganze oder teilweise Einigung zustande, so werde mit Nachdruck die Schuld an der Spaltung der westlichen Seite zugeschoben, um auch propagandistisch freie Hand für eine Gestaltung des ostdeutschen Raumes nach sowjetischen Intentionen zu erhalten. Bis dahin gelte es, die Ostzone verwaltungsmässig und wirtschaftlich weiter zu konsolidieren und politisch durch Unterstützung der Nationalen Front die Zügel in der Hand zu behalten. Es sei, so wird mitunter betont, eine Vorbereitung auf das Entweder und das Oder, wobei allerdings offen bleibe, welches im tiefsten Herzen das Entweder und welches das Oder sei. Aufgefallen ist in diesem Zusammenhang, besonders in britischen Kreisen, das Interview welches Otto Nuschke, Mitglied des Präsidiums des Volksrates und massgebender CDU-Führer der Ostzone, während der Leipziger Messe einem Korrespondenten der mit Unterstützung der britischen Militärregierung herauskommenden Zeitung "Die Welt" gegeben hat. Danach wird die zukünftige Ostzonenregierung durch einen Beobachter oder eine offizielle Vertretung in Bonn in Erscheinung treten. Wenn man aus eigener Wahrnehmung weiss, dass es sich bei den Korrespondenten westdeutscher Zeitungen an der Leipziger Messe zu einem grossen Teil nicht um die erste Garnitur sondern oft um gelegentliche Mitarbeiter oder Werkstudenten handelt, und dass die führenden Leute der Ostzone gerne in wirtschaftlichem Zusammenhang getane Aeusserungen mit einer politischen Bemerkung abrunden, so liegt der Gedanke nahe, dass die Erklärung von Herrn Nuschke wahrscheinlich nicht die politische Tragweite hat, die ihr, wenn unter anderen Umständen abgegeben, zugekommen wäre. Interessant und etwas irritierend ist einzig, dass bisher das Interview in der östlichen Presse und zu einem grossen Teil auch in der westlichen einfach tot geschwiegen wurde.

Während die Ostzone aus dem Gefühl heraus, dass sich in der nächsten Zeit für sie entscheidende Festlegungen ergeben, weitgehend mit sich selbst beschäftigt ist, und die in weiten Kreisen gegenüber der Besatzungsmacht vorhandene Ablehnung durch Müdigkeitsercheinungen, einem sich Abfinden mit dem unabänderlich Scheinenden und auch nur dank der natürlichen Kraft der Angewöhnung verbunden mit einer leichten Besserung der Lebensbedingungen leicht gemildert wurde, und während Westdeutschland langsam von einem Objekt zu einem Subjekt des Völkerrechts wird, kommt sich Berlin in letzter Zeit etwas verlassen vor. Die Zeiten der Blockade, da nach Massgabe des verfügbaren Frachtraumes ohne Rücksicht auf die Kosten von westalliierten Seite Waren nach Berlin hineingepumpt wurden, sind vor-

bei. Die Berliner Wirtschaft muss nun sehen, zu einem erheblichen Teil aus eigenen Kräften mit den Problemen fertig zu werden. Es zeigt sich dabei, dass sie gegenüber Westdeutschland zu teuer ist und von dort Aufträge lange nicht im erwarteten und noch weniger im benötigten Umfange eingehen. Im Verhältnis zum natürlichen Hinterland der Ostzone will sich der Westmagistrat zur Hauptsache auf das Wirtschaftsabkommen zwischen den westdeutschen Stellen und der Deutschen Wirtschaftskommission verlassen, wobei er allerdings befürchtet, dass die Interessen Berlins nur als Teilfrage gesehen werden. Der Ausweg eines direkten Kontaktes zwischen Westberlin und dem Ostteil der Stadt oder der Ostzone wurde noch nicht gewählt, einerseits wegen politischer Bedenken und andererseits, weil nach der Härte des Kampfes um die Behauptung während der Blockade auch die persönlichen Voraussetzungen noch schwer gegeben wären. So greift die wirtschaftliche Not immer mehr um sich. Die Auswirkungen der Marschallhilfe, die erst im Anrollen ist, sind noch nicht übersehbar. In dieser schon gedrückten Stimmung wurden die Äusserungen des französischen Hohen Kommissars François-Poncet anlässlich seines Besuches in Berlin als mehr denn eine blosse kalte Dusche empfunden. Er wandte sich sowohl in einem Presseinterview als auch bei einem Empfang durch den Westberliner Magistrat und die Stadtabgeordneten eindeutig gegen die Aufnahme Westberlins als 12. Land in die Bundesrepublik sowie gegen die Verlegung einzelner wichtiger Bundesämter nach der früheren Reichshauptstadt. Weiter forderte er den Westmagistrat auf, selbst alles in seinen Kräften liegende zur Lösung der "paradoxen Situation", die "der Vernunft widerspreche", zu unternehmen, was auf eine Empfehlung, mit deutschen Kreisen der anderen Seite ins Gespräch zu kommen und die brennendsten Probleme direkt zu lösen, aufgefasst wurde. Die durch den Besuch François-Poncet in deutschen aber auch englischen Kreisen Berlins entstandene Enttäuschung wurde noch dadurch verstärkt, dass westdeutsche Stellen mit der Deutschen Wirtschaftskommission in Fragen, die Berlin unmittelbar interessieren wie die Interzonenzüge nach und von Westdeutschland ohne Beiziehung von Vertretern des Westmagistrates verhandelten, und dieser erst nachher von den getroffenen Abmachungen Kenntnis erhielt. Auch im Magistrat selbst sollen starke Spannungen bestehen. Während die sozialistische Mehrheit auf unbedingtem Festharren am bisherigen Kurs und Angliederung Berlins als 12. Land, Ablehnung jeden Kontaktes mit dem Ostmagistrat und jeglicher Fühlungnahme mit der Deutschen Wirtschaftskommission beharrt, soll der zweite Bürgermeister Dr. Friedensburg (CDU) für eine realere Beurteilung der tatsächlichen Begebenheiten und dafür sich einsetzen, im Wege von Koordinationsgesprächen mit dem Ostmagistrat gewisse Verwaltungsfragen gemeinsam zu lösen. Dies soll ihm die Delegierung als Vertreter Berlins in das Bundesparlament gekostet haben, indem die SPD, die über die absolute Mehrheit im Stadtparlament verfügt, an seiner Stelle den farbloseren Stadtkämmerer Dr. Haas durchsetzte.

Sind diese verschiedenartigen Ereignisse Ausdruck einer bereits bekannten politischen Linie oder lassen sie nur Rückschlüsse auf eine Zielsetzung zu? Hinsichtlich der westlichen Seite ist man versucht, sich für die erste Alternative zu entscheiden, mit Bezug auf die Russen für die zweite.

Wenn man als weitgehend feststehend annimmt, dass sich die USA von der ursprünglich geplanten Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands als Versuchsfeld für eine friedliche Zusammenarbeit mit den Russen abgewandt haben und darauf hinzielen, Westeuropa mit einem wesentlichen Grundpfeiler in Westdeutschland wirtschaftlich und politisch zu konsolidieren und gegen den Osten immun zu machen, so ergibt sich zumindest für die in Gang befindliche Etappe ein Interesse für Berlin nur noch insoweit, als man diesen Vorposten, der zu gegebener Zeit so etwas wie ein Trumpf in den Händen sein könnte, halten und ein gegebenes Wort einlösen will. Das Interesse der Amerikaner ist dabei mehr nur äusserlicher Natur, indem man dem Partner der Blockadezeit durch Einbezug in die Marshallplanhilfe wirtschaftlich unterstützt und durch demonstrative Besuche führender Amerikaner des öffentlichen Lebens in Berlin das vielleicht auch nur vorübergehende politische Abwenden nicht so sichtbar macht.

Für die Franzosen, die von Anfang gegen eine zentralistische Besatzungspolitik von Berlin aus waren und schon frühzeitig das Schwergewicht ihrer Okkupationstätigkeit nach Baden-Baden verlegt hatten, und bei denen der Berliner Vertreter General Ganeval sein Ansehen weniger dem von seinem Lande dieser Stadt gegenüber bekundeten Interesse als seinen hervorragenden persönlichen Eigenschaften verdankt, musste es verlockend sein, im ersten Augenblick, da nach Beendigung der Blockade die Disziplin der Streitgenossen nicht mehr so notwendig schien, aus berufenem Munde die grundsätzliche Einstellung fixieren zu lassen.

Die Engländer ihrerseits scheinen die von den Amerikanern vorgenommene Umstellung als Ausdruck des in den USA typischen Werdeganges zu betrachten. Man beginne sich dort gewöhnlich erst mit Politik zu befassen, wenn man als business man eine wirtschaftliche Plattform erreicht habe. Es sei daher natürlich, dass eine gewisse kaufmännisch anmutende Disponierungsart auch in der späteren Entwicklung noch durchdringe. Die mit Bezug auf Berlin etwas durch Ressentiment bedingt scheinende Einstellung der Franzosen, ist, selbst wenn es sich dabei um die feindliche Hauptstadt eines der härtesten Kriege handelt, den Briten als konträr zu ihrem Bildungsideal des fair play nur mit Anstrengung verständlich. So ergibt sich aus dem englischen Wesen heraus eine Zurückhaltung gegenüber der amerikanischen und französischen Handlungsweise, die in Form einer nuancierten Distanzierung zum Ausdruck kommt.

Auf der östlichen Seite muss eine Einreihung der Geschehnisse mehr oder weniger glaubwürdige Hypothese bleiben, paaren sich doch doktrinäre mit nationalrussischen Zielsetzungen und ist in oft von aussen schwer erkennbarem Masse eine Entscheidung das erst in fortgeschrittenem Stadium zustande gekommene Ergebnis von internen Fraktionskämpfen.

↓

Wenn man davon ausgeht, dass ein kommunistisch geführtes Deutschland, wie es das allerdings verschleierte sowjetische Ziel der Konferenzen von Jalta und Potsdam vielleicht gewesen ist, unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht verwirklicht werden kann, und dass überdies die Gefahr einer Angliederung Westdeutschlands an die Westunion besteht, so müsste sich als logischer Schluss ergeben, dass ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zurzeit das Optimum des für die Russen Erreichbaren darstellt. Wenn das bereits erwähnte Nuschke-Interview die Bedeutung eines Fühlers hatte, hätten sich nach russischer Auffassung die west- und ostdeutsche Regierung gegenseitig anzuerkennen und im Abkommenswege, wie es zurzeit für den Interzonenhandel sowie Eisenbahn- und Verkehrsfragen geschieht, gesamtdeutsche Wirtschaftsprobleme gemeinsam zu regeln. Der nächste Schritt könnte in der Schaffung ständiger Koordinationskomitees bestehen und in Berlin als Versuchsfeld ausgeprobt werden. Deutet nicht der kürzlich ergangene Antrag des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Ostberlin an den Westmagistrat auf gemeinsame Besprechung von das gesamte Stadtgebiet betreffenden technischen Verwaltungsfragen und insbesondere der bei der Tagung der vier alliierten Stadtkommandanten vom 12. d. M. auf russische Initiative zustande gekommene Entschluss, Sachverständige der West- und Ostmagistratsbehörden sollen auf rein fachlichen Gebieten zur Normalisierung des Lebens in Berlin zusammenzutreten, auf eine derartige russische Absicht hin? In politischer Hinsicht würde vielleicht die Ueberlegung nicht ganz abwegig sein, dass eine bei der Wahl eines Zonenparlamentes sich ergebende CDU- und LDP-Mehrheit mit der westdeutschen Regierung ohne allzu grosse Schwierigkeiten ins Gespräch kommen könnte und darüberhinaus die Möglichkeit hätte, sich die separatistischen bayrischen Tendenzen dienstbar zu machen. Wäre nicht auch von den neuen Rechtsparteien Westdeutschlands und, wenn sich die Möglichkeit zu Lieferungen nach der Ostzone und dem Ostblock ergibt, von der westdeutschen Industrie eine Unterstützung im gleichen Sinne zu erwarten?

Im Anschluss an den Besuch François-Poncets in Berlin ist weiter die Frage aufgetaucht, ob eine derartige Entwicklung nicht in der Linie der traditionellen französischen Politik läge, indem auf diese Weise viel stärker als es bei einer förderativen Gliederung des westdeutschen Bundesstaates der Fall gewesen wäre, eine Ausbalancierung der einzelnen Teile Deutschlands und damit eine schwache Zentralgewalt entstände.

↑

Die nächsten Monate werden wahrscheinlich zeigen, ob es sich bei dieser Hypothese um eine zwar verlockende aber doch theoretische Kombination handelt oder ob den ihr zugrunde liegenden Geschehnissen eine darüberhinausgehende Bedeutung zukommt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE DELEGIERTE

i.V.

Stadelhofer